



## Für neue soziale Ideen

für die Bürger \* erscheint alle zwei Monate \* Ausgabe Mai 2011

### Inhalt

**Kommunalpolitik konkret**

**LKW raus aus der Stadt**

**Biogasanlage Gielsdorf**

**Hinweise und Tips zu  
Bildungs-/Teil-  
habepaket sowie  
Renten**



Der 1. Mai, Tag der Arbeit, ist vorbei. Die dringende Forderung bleibt: Mindestlohn und sichere Arbeitsplätze – In der Bundesrepublik sind fast 1 Million Beschäftigte in Leiharbeit, jeder 2. Arbeitsvertrag ist nur befristet, und es gibt 7,3 Millionen geringfügig Beschäftigte, vor allem Frauen. Das sind die wahren Zahlen. Die Bundesregierung berauscht sich dagegen an einem angeblichen Plus von 200 000 Erwerbstätigen, die Konjunktur boomt, der Aufschwung brummt usw. usw. Und nun noch ab 1. Mai die totale Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU, die ganz sicher zu Lohndumping missbraucht werden wird. Die LINKE fordert deshalb einen flächendeckenden Mindestlohn für alle Beschäftigten in Deutschland, egal woher sie kommen! Er unterbindet Lohndumping und verhindert, dass die Unternehmen künftig deutsche und ausländische Beschäftigte gegeneinander ausspielen können!

### DIE LINKE - KOMMUNAL- POLITIK KONKRET

Von Hans Gottschling, Stadtverordneter, Fraktionsvorsitzender  
DieLinke Altlandsberg

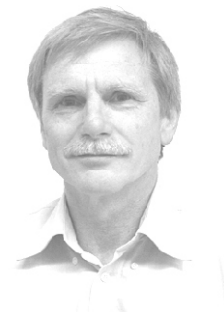
#### Es muss anders gehen!

In Altlandsberg werden Kitaplätze benötigt, insbesondere im gleichnamigen Ortsteil. Da kam der Antrag der evangelischen Kirchgemeinde, auf eigene Kosten mit Fördermitteln eine solche in der Siedlung am Rötsee zu bauen gerade richtig. Durch die Stadtverordnetenversammlung (SVV) wurde das mit Wohlwollen aufgenommen und bestätigt. Die Zeit verging schnell, fleißig wurde durch die Verantwortlichen daran gearbeitet, alle Vorbereitungen zu treffen um noch in diesem Jahr die Einrichtung zu eröffnen. In diversen Zeitschriften wurde darüber informiert.

Um eine Kita in freier Trägerschaft zu betreiben bedarf es einer Vereinbarung mit der Stadt, Kosten müssen ja schließlich laut gesetzlichen Regelungen bezahlt werden. Durch den Bürgermeister wurde der SVV eine Vereinbarung vorgelegt, die aber nicht zustimmungsfähig war.

Es sollte eine Miete von 9 €/ m<sup>2</sup> über eine Dauer von 20 Jahren durch die Stadt bezahlt und damit in dieser Zeit die Kosten für den Bau beglichen werden. Da die Lebensdauer des Gebäudes mindestens für 50 Jahre geplant ist und der Mietpreis etwa doppelt so hoch wäre wie bei vergleichbaren Objekten, konnten die Stadtverordneten der Vorlage nicht zustimmen. Die Vorlage hatte auch noch andere Mängel. Daraufhin fanden extra, sagen wir mal,

Krisenberatungen statt, auf denen nach einer besseren Lösung gesucht wurde. Der Bürgermeister ist jetzt beauftragt, gemeinsam mit der Kirchgemeinde eine für alle Seiten annehmbare schnelle und nachhaltige Variante anzubieten, mit dem Ziel, den Eröffnungstermin deswegen nicht in Gefahr zu bringen.



Unsere Fraktion Die LINKE in der Stadtverordnetenversammlung findet die Informationspolitik in unserer Stadt für verbesserungswürdig. Zwischenzeitlich ist die neue Internetseite der Stadt unter [www.altlandsberg.de](http://www.altlandsberg.de) veröffentlicht worden, der man eine Vielzahl von Informationen entnehmen kann. Sicher eine Verbesserung, aber noch mit Schwächen behaftet.

Gegenwärtig nehmen eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern mit Fragen an den Ausschusssitzungen bzw. der Stadtverordnetenversammlungen teil. Nun denken wir, es gehört zum guten Stil, nicht nur die Bürger ins Rathaus kommen zu lassen, sondern auch häufiger zu ihnen zu gehen. In einer gemeinsamen Fraktionsberatung von Bürger- und Linksfraktion haben wir vereinbart, zu den Ortsteilfesten jeweils einen Kommunalpolitischen Stammtisch durchzuführen, wo Bürger mit Stadtverordneten reden können. Auf der Aprilberatung der Stadtverordneten habe ich im Namen der beiden Fraktionen auch die Bitte an SPD und CDU gerichtet, sich daran zu beteiligen. Mal sehen wie dieser weitere Versuch mit Bürgern ins Gespräch zu kommen, angenommen wird.

## LKW raus aus der Stadt

von Arno Sabisch, Mitglied der SVV, Fraktion DieLinke

Die 29. Sitzung der SVV am 28.04.2011 beschäftigte sich u.a. mit der konkreten Umsetzung des in seinen Grundzügen beschlossenen Verkehrskonzepts für die historische Altstadt der Stadt Altlandsberg. Das machte erneut Beratungsbedarf unter Einbeziehung insbesondere der betroffenen Bürgerinnen und Bürger deutlich. Akut steht die Ausgliederung des LKW-Verkehrs für die Straßenabschnitte Berliner Straße, Poststraße, Am Markt, Strausberger Straße und Bernauer Straße zur Debatte. Vorausgegangen war die Vorarbeit des Hauptausschusses sowie der Ausschüsse Stadtentwicklung und Finanzen mit der Empfehlung, die Benutzung für Kraftfahrzeuge ab zulässigem Gesamtgewicht von 3,5 t zu untersagen. Die 2010 gegründete Bürgerinitiative „Lebenswerte Altstadt Altlandsberg“ hat in Vertretung der Bürgerinteressen stets sachlich und konstruktiv wesentlich zur Entscheidungsfindung beigetragen. Sie macht aber auch deutlich, dass die LKW-Fahreinschränkung nur eines der noch zu lösenden Probleme im Zuge der Erneuerung der Straßen in der Altstadt ist.

Nach kontroverser Diskussion besonders zur Alternativvariante 7,5 t und notwendigen Ausnahmeregelungen (Lieferverkehr und land- und forstwirtschaftlicher Verkehr) sowie Fahrzeuge mit Sonderrechten (Rettungsdienste, Polizei, Reinigungsfahrzeuge etc.) wurde mit leichter Mehrheit, die auch durch Zutun unserer Fraktion zustande kam, das straßenrechtliche Teileinziehungsverfahren für die genannten Straßen beschlossen, d.h. Kraftfahrzeugen ab zulässigem Gesamtgewicht von 3,5 t soll künftig die Durchfahrt untersagt werden. Wir meinen, damit die Bürgerinteressen vertreten zu haben.

Biogasanlage Gielsdorf  
Deutschland sucht den Weg zur Energiewende. Das wird für die Altlandsberger Fluren künftig zu spüren sein. Auf uns

kommen besonders zwei Probleme zu: Energiegewinnung und deren Transport zu den Verbraucherstandorten. Bei beiden Themen ist gesamtgesellschaftlicher Konsens zwingend erforderlich. Die Interessengruppen sind unterschiedlich aufgestellt, wie nicht zuletzt die Sitzung der Ethikkommission Atomkraft bewies. Umweltverbände und Anti-Atom-Organisationen wurden erst gar nicht befragt. Der große Trend Energiegewinnung aus Biomasse hat nämlich auch seine eignen negativ besetzten Auswirkungen: Monokulturen („Vermaisung“), erhöhter Pestizideinsatz (um höchstmögliche Energieeffizienz pro Hektar zu erreichen), Verdrängung extensiv genutzter Flächen durch Energiepflanzen etc. Auf der 29. Sitzung der SVV am 28.4.2011 sollte es zu einer Beschlussfassung eines Bebauungsplanes für eine Biogasanlage im OT Gielsdorf kommen. Dieser Sitzung ging eine Präsentation durch den Vertreter der GASAG Berliner Gaswerke AG im Stadtentwicklungsausschuss am 07.04.2011 voraus. Interessant ein paar wichtige Parameter: Erzeugung von Methangas 700 m<sup>3</sup>/h (= 3,8 MW/h) und Einpeisung in die anliegende Erdgasleitung (die unweit des Anlagen-Standortes die Landesstraße L 23 kreuzt) erforderliches Energiepflanzengut (Gras, Mais, Zuckerrüben): 60.000 t/Jahr auf einer veranschlagten Fläche von 2.000 ha  
Im Ergebnis der Diskussion zum Beschlussentwurf kamen Kritikpunkte auf, die besonders gerichtet waren auf das zu erwartende Verkehrsaufkommen, den Lärm- und Umweltschutz inkl. Geruchsbelästigungen, aber auch auf die ungenügende Beteiligung der Gielsdorfer BürgerInnen. Letzteres war dann auch der Knackpunkt, warum das Thema vertagt wurde.  
Fazit: Biogasanlagen ja, aber - wie es Herr Müller von der BI „Lebenswerte Altstadt“ auf den Punkt brachte - unter Beachtung der vorliegenden Erfahrungen für eine naturverträgliche Produktion. Dem können wir uns nur anschließen.



## Wichtige Nachrichten zum Thema - Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

von Eva Rohmann

1. Zuwendungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus bedürftigen Familien  
Rund 2,5 Millionen Kinder haben Anspruch auf ein warmes Mittagessen in Schule oder Kita  
Zehn Euro monatlich für Sportvereine  
30 Euro für eintägige Klassenfahrten oder Wandertage  
Bei Bedarf bekommen sie auch Nachhilfeunterricht bezahlt  
Wie bisher 100 Euro pro Jahr für Schulsachen

Die Antragsfrist für rückwirkende Leistungen seit Januar 2011 wurde bis 30.Juni 2011 verlängert. Landkreis MOL und Jobcenter haben zu Ihrer Information einen Flyer herausgebracht und an Kitas, Schulen und Ämter verteilt. Fragen Sie dort nach!

Den Antrag für diese Leistungen müssen Sie beim Schulamt oder im Jobcenter stellen. Nutzen Sie die Chance, für Ihre Kinder alles zu tun, was möglich ist, um deren Bildung zu fördern.

2. Ostdeutschen droht Rentenminus - Klären Sie Ihr Rentenkonto!  
286 000 Bürger der Jahrgänge 1946 bis 1974 haben ihre Rentenkonten noch nicht geklärt. Besondere Eile ist für all jene geboten, die noch zu DDR – Zeiten gearbeitet haben. Denn am 31. Dezember diesen Jahres endet die Aufbewahrungspflicht für die Lohnunterlagen der DDR – Betriebe und Einrichtungen. Danach werden sie vernichtet. Eine gesonderte Information dazu erfolgt laut Auskunft des Bundesarbeits- und Sozialministeriums nicht. Begründung: Das Ende dieser Frist sei hinlänglich bekannt!  
Prüfen Sie also schnell Ihre Versicherungsbiografie und stellen Sie fest, ob da noch Lücken sind. Dann wenden Sie sich sofort an die Deutsche Rentenversicherung.

## Impressum

Stadtverband der LINKSPARTEI der Stadt  
Altlandsberg, V.i.S.d.P. Eva Rohmann,  
Kontakt: Tel. 033439 / 81754  
e-mail: rohmanna@dielinke-altlandsberg  
Sie finden uns im Internet unter  
www.dielinke-altlandsberg.de